

Christian Rickens

# **GANZ OBEN**

Wie Deutschlands Millionäre  
wirklich leben

Kiepenheuer & Witsch



Verlag Kiepenheuer & Witsch, FSC® N001512

1. Auflage 2012

© 2011, 2012 Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln

Alle Rechte vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung und -motiv: Rudolf Linn, Köln

Gesetzt aus der Minion und Meta

Satz: Buch-Werkstatt GmbH, Bad Aibling

Druck und Bindearbeiten: CPI – Clausen & Bosse, Leck

ISBN 978-3-462-04420-1

## **I. Reich. Aber sexy?**

Warum wir uns für die da oben interessieren sollten

Der erste reiche Mann in meinem Leben hieß Jürgen Hunke. Tag für Tag passierte unser Schulbus die Waldstraße in Großenheidorn, und da lag, am Morgen zur Rechten, am Mittag zur Linken, seine Villa. Wie ein Ufo schien sie gelandet zu sein zwischen all den Siedlungshäusern, Eternitfassaden und Jägerzäunen ringsum. Strahlend weiß getünchte Ziegelmauern umrahmten riesige, grün getönte Fensterfronten. Statt Regenrinnen waren an den Ecken des gewaltigen, einem asiatischen Tempel nachempfundenen Satteldachs schwarze Ketten gespannt, an denen entlang das Wasser in ein Bett aus Quarzkieseln rann. Zwei gusseiserne Doggen bewachten den Eingang, und lediglich verschlungene Initialen kündeten neben dem Portal vom Namen des Bewohners: JH.

»Da wohnt der Hunke«, erfuhr ich ziemlich schnell von meinem Mitschüler Mario. Jeden Morgen drehten die meisten Jungs im Schulbus den Kopf nach rechts und mittags nach links, um zu sehen, ob »der Hunke« zu Hause war. War er zu Hause, dann stand nämlich meist sein Ferrari in der Auffahrt der Vierfachgarage. Dieser Ferrari war für uns etwas Unerhörtes. Etwas, das die meisten ausschließlich aus dem Autoquartett kannten und einige wenige, die schon so lange aufbleiben durften, aus der Fernsehserie »Magnum«. Darin kurvte Tom Selleck mit solch einem Ferrari über die Insel Hawaii.

Jürgen Hunke galt bei uns im Ort als große Nummer. Als einer, der gerne auf Schultern klopfte und beste Beziehungen nach »ganz oben« hatte, was für uns damals hieß: zur Landesregierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht im 30 Kilometer entfernten Hannover. Hunke war Fraktions-

vorsitzender der CDU im Stadtrat, galt als Wortführer im örtlichen Tennis- und Fußballklub.

Seine Villa und seinen Ferrari hatte sich Hunke als Chef eines Finanzvertriebs verdient. Hunke führte damals eine Vertretertruppe, die sich darauf spezialisiert hatte, Versicherungen an Jugendliche zu verkaufen. In den 80ern war seine *Zeus Vermittlungsgesellschaft* mit 800 Mitarbeitern einer der größten Assekuranzmakler in Deutschland. Allein von der Hamburger Dependance der Versicherungsgesellschaft Deutscher Ring kassierte Hunke 1982 Provisionen in Höhe von 70 Millionen Mark und sorgte dort zeitweilig für ein Drittel des gesamten Neugeschäfts.

All diese Details kannte ich aus einem längeren Artikel im *Spiegel*, der 1983 erschienen war und noch Jahre später bei uns im Örtchen von jenen herumgereicht wurde, die Hunke nicht wohlgesinnt waren. Und davon gab es einige. Laut *Spiegel* gingen die Zeus-Vertreter nicht eben zimperlich vor, wenn es darum ging, frischgebackenen Auszubildenden bei einem Beratungsgespräch im Beisein ihrer Eltern das Zeus-Kernprodukt anzudrehen, eine Kombination aus Unfall- und Kapitallebensversicherung, zusammengefasst unter dem offiziellen Titel »Jugendschutzbrief«.<sup>1</sup>

Villa und Ferrari und eine Position als unangefochtener Kleinstadt-Zampano schienen Hunke auf Dauer nicht zu genügen. 1986 und 1990 versuchte er sich als Landtagskandidat der CDU in unserem Wahlkreis aufstellen zu lassen, zweimal unterlag er gegen den amtierenden Abgeordneten. Im Landtagswahlkampf 1990 schaltete ein enger politischer Vertrauter von Hunke dann plötzlich Anzeigen in der Lokalzeitung: »Dreimal nein zu Willi Lindhorst«. Willi Lindhorst, so hieß der CDU-Abgeordnete, gegen den Hunke zuvor bei der Kandidatenaufstellung verloren hatte. Lindhorst verteidigte sein Mandat übrigens erfolgreich mit dem Slogan »Wunstorff, Seelze, Gehrden – Willy muss es werden«. Auf dem dazu-

gehörigen Plakat hielt Lindhorst optimistisch den Daumen in die Höhe und zeigte insgesamt eine deutliche Ähnlichkeit mit Rex Gildo.

Nun ja, es war nicht gerade Adenauer, gegen den Hunke da verloren hatte.

Ich bin Jürgen Hunke damals nie persönlich begegnet. Es gab nur die Villa, den Ferrari und das Gerede. Dennoch – oder gerade deswegen – hat Hunke mein frühes Bild von reichen Menschen geprägt. Er war ja der Einzige seiner Art in unserer Gegend. Dieses Bild fiel nicht gerade positiv aus: Chef einer skrupellosen Drückertruppe kauft sich Protzvilla und Angeberauto. So könnte man meine damalige Ferndiagnose zusammenfassen. Bezeichnend, so dachte ich, dass selbst die CDU, der ich damals alles Schlechte zutraute, Hunke eine seinem Geltungsdrang angemessene Position verweigerte.

Wer reich ist, der hat sein Geld im Zweifel jemand anderem weggenommen. Wer reich ist, protzt herum und verschanzt sich zugleich hinter hohen Mauern und getönten Scheiben. Wer reich ist, versucht sich politischen Einfluss zu erkaufen: drei scheinbare Wahrheiten, die sich damals zwanglos in mein linkes Weltbild einfügten.

Nachdem die Anzeigenaktion in der Wunstorfer CDU für verbrannte Erde gesorgt hatte, trat Hunke aus der Partei aus. Wenig später zog er vollständig an seinen bisherigen Zweitwohnsitz Hamburg, und ich war gehörig überrascht, als ich eines Morgens im Sportteil der *Süddeutschen* las, wer neuer Präsident des Hamburger Sportvereins geworden war: Jürgen Hunke. Der Mann mit dem Ferrari.

1993 schied Hunke im Streit aus dem Präsidentenjob beim HSV. Ein paar Jahre später versuchte er sich als Spitzenkandidat und Landesvorsitzender der Statt Partei, einer konservativen Splittergruppe, die allerdings unter Hunke den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft verfehlte. Hunkes Engagement bei der Statt Partei endete mit einem Partei-

ausschluss durch den Bundesvorstand, auf den Hunke in gewohnt kämpferischem Stil reagierte: »Der Vorstand existiert für uns gar nicht. Ich bin weiter Landesvorsitzender.«<sup>2</sup>

Danach tauchte Hunke als Chef der Hamburger Trabrennbahn auf, worauf bald ein Boykott der Bahn durch Fahrer, Trainer und Züchter folgte.<sup>3</sup> 2008 berichtet *Bild* von einem angeblichen erneuten Versuch Hunkes, zusammen mit der Fan-Vereinigung »Supporters« die Macht beim HSV zu erobern.<sup>4</sup> Doch bei den darauffolgenden Wahlen verlor Hunke auch noch seinen Sitz im Aufsichtsrat des Vereins, den er sich im Januar 2011 zurückeroberte.<sup>5</sup>

Mein oberflächlicher Eindruck: Hunke als »konfliktfreudig« zu beschreiben ist etwa so, als würde man Rainer Calmund »vollschlank« nennen.

Schon bald war Jürgen Hunke nicht mehr der einzige reiche Mann in meinem Leben. Im Gegenteil: Plötzlich wimmelte es von ihnen. Nach dem Studium begann ich als Wirtschaftsjournalist zu arbeiten, ab 2000 dann als Redakteur bei der Zeitschrift *manager magazin* in Hamburg. So eng wie vermutlich kein anderes deutsches Medium pflegt das *manager magazin* Umgang mit jenen Menschen, die im öffentlichen Diskurs neutral als »Oberschicht« tituliert werden, wohlwollend als »Wirtschaftselite« oder abfällig als »Bonzen«.

Jedes Jahr im Frühsommer lädt das *manager magazin* zum Beispiel zur »Hall of Fame der Deutschen Wirtschaft«, einem festlichen Diner mit vielen Reden im Schlosshotel Kronberg in der Nähe von Frankfurt. Alle waren sie schon dort: die Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden von DAX-Konzernen wie Allianz oder Lufthansa. Unternehmensberater wie Roland Berger. Großverleger wie Hubert Burda, dessen Schauspielergattin Maria Furtwängler für ein bisschen optische Abwechslung sorgte zwischen all den grauhaarigen Männern in dunklen Anzügen. Selfmade-Millionäre wie Carsten Maschmeyer, der ebenfalls mit einem Versiche-

rungsvertrieb reich wurde und *Bunte*-Lesern bekannt sein dürfte als der Mann an der Seite von Veronica Ferres. Ferner in Kronberg dabei: der eine oder andere Expolitiker, der sich heute für Konzerne verdingt (Gerhard Schröder), und vereinzelte unternehmerisch tätige Vertreter des Hochadels (Graf von Faber-Castell, der mit den Bleistiften).

Irgendwo dazwischen: ein Dutzend Redakteure des *manager magazin*, die sich mühen, das Tischgespräch in Gang zu halten und en passant die eine oder andere Neuigkeit aus den Chefetagen der deutschen Konzerne aufzuschnappen. Bei einer dieser Feiern habe ich mal Gerhard Cromme, den Aufsichtsratschef von ThyssenKrupp, am Urinal abgepasst, um mir mit offener Hose den bevorstehenden Abgang eines Managers bestätigen zu lassen. Bis heute weiß ich nicht, ob ich diesen Moment als Höhe- oder als Tiefpunkt meiner beruflichen Laufbahn werten soll.

Im Sommer 2008 wurde meine Tuchföhlung mit der deutschen Oberschicht noch ein bisschen intensiver. Für das *manager magazin* recherchierte ich eine Reportage über die Lebenswirklichkeit deutscher Millionäre.<sup>6</sup> Eine Art gedruckten *Schulmädchen-Report*, nur dass es um Geld ging statt um Sex. Einige Wochen lang fuhr ich durch Deutschland und die Schweiz, traf mich mit reichen Erben und erfolgreichen Unternehmern, mit Sozialforschern und Vermögensberatern, besuchte Poloturniere und Segelregatten. Alles, um herauszufinden: Wie ticken Deutschlands Millionäre wirklich?

Das Thema faszinierte mich. Nicht, weil ich besonders gerne Polo spiele oder Porsche fahre. Eher im Gegenteil. Sondern weil ich rasch merkte, wie wenig wir eigentlich wissen über jene Menschen, die ganz am Rand unserer Gesellschaft stehen – am oberen Rand. Die Lebenswirklichkeit der rund 800 000 Millionäre in Deutschland ist nicht annähernd so gut erforscht wie die jenes Drittels der Deutschen, das keinerlei Vermögen besitzt. Der jüngste Armuts- und Reich-

tumsbericht der Bundesregierung beschäftigt sich auf über 400 Seiten mit den Armen – und nur auf 8 Seiten mit den Reichen. Dabei muss man kein Marxist sein, um zu vermuten: Der Einfluss, den rund 800 000 Millionäre in Deutschland auf Staat und Gesellschaft ausüben, dürfte um einiges größer sein als jener der rund sechs Millionen Hartz-IV-Empfänger.

Die Lebenswelt der Reichen zu beschreiben, ihr Selbstverständnis, ihre politischen Einstellungen, ihre Hoffnungen und Ängste, bedient nicht nur voyeuristisches Interesse. Dieses Unterfangen besitzt auch politische Relevanz (und ist so gesehen doch mehr als ein *Schulmädchen-Report* ohne Sex), weil es dazu beitragen kann, die realen Machtverhältnisse in unserem Land besser zu verstehen.

Ich beschloss, ein Buch über die deutsche Oberschicht zu schreiben. Und wo hätte ich mit der Recherche für dieses Buch besser beginnen können als bei jenem Mann, der mein frühes Bild von Reichtum so sehr geprägt hat und dem ich dennoch nie persönlich begegnet war.

Ich fand Jürgen Hunkes Büroadresse in Hamburg, schickte ihm eine E-Mail, in der ich mein Buchprojekt vorstellte – und nachdem Hunke von einer längeren Asienreise zurückgekehrt war, fand er sich sofort zu einem Gespräch bereit.

Ziemlich genau 20 Jahre, nachdem ich zum letzten Mal vom Schulbus aus den Kopf zu Hunkes Villa in meinem Heimatort gewendet habe, stehe ich nun wieder vor einer weißen Villa, diesmal einem jener prachtvollen Gründerzeitkästen, die Hamburgs Alsterufer säumen. Harvestehude, Mittelweg – »Adresslage« nennen die Makler so etwas. Sieben Millionen Mark hat Hunke Ende der 90er für die Villa investiert, dann noch einmal rund 10 Millionen Mark in den Umbau, der (natürlich) in einem Rechtsstreit mit dem Denkmalschutzamt endete. Ein Prozess, den Hunke übrigens gewonnen hat.<sup>7</sup>



Die Sekretärin lässt mich zunächst an einem gläsernen Besprechungstisch im Erdgeschoss Platz nehmen. Alles steht hier voll mit Buddha-Statuen: aus Gusseisen, aus Marmor, aus Kupfer, aus Sandstein. Einige nur wenige Zentimeter hoch, einige fast lebensgroß. Europas größte Sammlung, wie ich bald erfahren werde. An den Wänden chinesische Kalligrafien, praktischerweise stehen die deutschen Übersetzungen der Schriftzeichen direkt daneben: »Stark Klar Gerecht«, »Treue Güte Friede«.

Nach fünf Minuten kommt ein schlanker, freundlicher Hund herein und schnüffelt ein wenig an mir herum.

Nach zehn Minuten erklingt leichte Klaviermusik aus versteckten Lautsprechern.

Nach fünfzehn Minuten betritt Jürgen Hunke den Raum. Der mittlerweile 67-Jährige hat die noch immer vollen Haare straff zurückgegelt, das Gesicht ist tief gebräunt. Hunke trägt eine karottenförmige Bundfaltenhose aus schwarzem Leder mit weit ausgestellten Hüften, ein Kleidungsstück, wie ich es bis dahin ausschließlich aus Musikvideos der 80er-Jahre kannte. Dazu ein schwarzes Hemd mit weißem Kontrastkragen und ein schwarzes Jackett, so lang geschnitten, dass es eher einem Gehrock ähnelt. In der Brusttasche ein leuchtend rotes Einstecktuch, womit die Frage nach Hunkes Lieblingsfarben als beantwortet gelten darf.

Hunke nimmt nicht an dem Besprechungstisch Platz, an dem ich bereits sitze, sondern bittet mich in den Nachbarraum, wo sein mächtiger Schreibtisch steht. T-förmig kauert vor dem Schreibtisch ein Besucherpult mit zwei Stühlen daran. Hunke thront also hinter dem Schreibtisch, ich sitze davor wie ein Angestellter beim Rapport. Zuletzt, so schießt mir in diesem Moment durch den Kopf, habe ich ein solches Arrangement der Macht auf Fotos von Wladimir Putins Büro im Kreml gesehen.

Stark, klar, gerecht ... ohne ein Wort zu verlieren, hat

Hunke innerhalb von 15 Minuten hinreichend deutlich gemacht, wer in dieser Villa das Sagen hat.

Er stellt mir ein paar Kontrollfragen, will offenbar sicherstellen, dass wir wirklich beide aus der gleichen Gegend stammen. Dann beginnt er von seinem Werdegang zu berichten, und seltsam: Es klingt alles ganz anders, als man es sich in meinem Heimatort erzählte.

»Eigentlich war ich ja immer Idealist«, sagt Hunke. Er sei in den Versicherungsvertrieb eingestiegen, »weil ich nicht mit ansehen konnte, dass die großen Versicherungen ihre Produkte völlig am Bedarf vorbei entwickelt haben«. Mit dem von ihm ersonnenen »Jugendschutzbrief« habe er, Hunke, Versicherungen erstmals zu einem Markenartikel gemacht. 1985 habe er 140 000 Verträge verkauft. Und weil er durch diese hohen Stückzahlen viel Verhandlungsmacht gegenüber den Versicherungsgesellschaften besaß, konnte er für die jungen Leute »Topkonditionen« heraushandeln.

Für einen Moment schweigt Hunke, dann streckt er mir über den Schreibtisch hinweg seine Unterarme hin. »Sehen Sie, ich kriege Gänsehaut, wenn ich davon erzähle.«

Für Hunkes Vision, zu einem »Aldi der deutschen Assekuranz« heranzuwachsen, hat es dann doch nicht ganz gereicht. 2000 verkaufte er seine Unternehmensgruppe für, so wird kolportiert, einige Hundert Millionen Mark. Inzwischen sind andere Firmen deutlich größer als Hunkes ehemaliges Reich. Etwa der AWD, gegründet von Carsten Maschmeyer (der mit der Ferres). »Na sei's drum«, sagt Hunke, »für das ganz große Wachstum fehlte mir wohl die nötige Härte und Kompromisslosigkeit.«

Stattdessen führt Hunke jetzt einen Buchverlag namens Mikado, in dem er unter anderem auch sein eigenes Werk verlegt hat: einen Ratgeber mit dem Titel »Du wirst 60 – und was dann?«, der in weiten Teilen von Jürgen Hunke handelt.

Darin klingt Hunke überraschend verletzlich, wenn er einräumt, wie viel Angst er vor Alter und Krankheit hat und davor, »auf andere Menschen angewiesen zu sein«.

Die Politik: mit 18 Start in der Jungen Union, »weil ich schon damals nach Menschen suchte, die ebenso wie ich diese wunderbare Freiheit wertschätzen, die wir in Deutschland genießen«. Dann in Wunstorf CDU-Stadtrat, Fraktionsvorsitzender.

Und der Austritt? »Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hat sich gegenüber einem Parteikollegen in arroganter Form verhalten, da habe ich die Sache hingeschmissen.«

Auch die vielen anderen Konflikte, die sich durch Hunkes Leben ziehen wie die Speckfäden durch den Schinken, erfahren nun eine ganz andere Deutung: Hunke sieht sich selbst als »Häuptling«, der nicht gern nach anderer Leute Pfeife tanzt. Außerdem verachte er Biedermänner, Filz und Korruption.<sup>8</sup> Drei Abneigungen, die es in der Tat schwer machen, in Hamburgs besserer Gesellschaft nicht anzuecken.

In der Villa in Großenheidorn, so erfahre ich noch, lebt inzwischen Hunkes erste Ehefrau, »wir haben ein Super-Verhältnis«. Heute ist Hunke mit einer 34 Jahre alten Chinesin liiert, einer Sportstudentin, die er im Vapiano kennengelernt hat, einem schlichten Selbstbedienungs-Nudelrestaurant an der Rothenbaumchaussee.<sup>9</sup> Die dreijährige gemeinsame Tochter »lernt schon Deutsch und Mandarin«.

Wie wichtig ihm eigentlich sein Reichtum sei, frage ich Hunke zum Abschluss. Ach, eigentlich gar nicht, erwidert der, im Gegenteil: All der Wohlstand bereite auch viele Probleme, »alles zu verwalten und richtig zu machen. Ich finde es manchmal erstrebenswerter, weniger zu besitzen, weil man dann unabhängiger ist.« Sicher, sein heutiger Lebensstandard mit allen Kosten und allem Personal erfordere

schon einen fünfstelligen Eurobetrag pro Monat, »aber ich könnte auch mit erheblich weniger existieren«.

Als ich nach einer guten Stunde aus dem schwarzrotweißen Buddhatempel wieder auf den Mittelweg hinaustrete, hat mir das Gespräch mit Jürgen Hunke eines klargemacht: Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung können am oberen Ende der Gesellschaft offenbar besonders drastisch auseinanderklaffen.

## II. Der Wohlstand der Individuen

Was Philosophen von Platon bis Marx über Reichtum gedacht haben – und was wir über die Millionäre in unserer Mitte wissen

Am Anfang war der Reichtum. Und kurz darauf folgte der Versuch, ihn wissenschaftlich zu legitimieren.

Wer es sich in der Antike leisten konnte, Philosoph zu sein, besaß entweder selbst Vermögen oder zumindest die Gunst reicher Gönner. Wer arm war, hatte keine freie Zeit zum Nachdenken, und lesen oder schreiben konnte er in der Regel auch nicht. Wir vernehmen also die Ansichten eines Privilegierten, wenn Platon urteilt: »Denn wie die Dichter ihre eigenen Gedichte und die Väter ihre Kinder lieben, so ist auch den Erwerbenden das Geld ihr Ein und Alles. (...) Es ist also nicht leicht, mit ihnen überhaupt auch nur zu verkehren. Denn sie kennen nichts anderes als das Lob des Reichtums.«<sup>10</sup>

Wohl gemerkt: Die Kritik Platons richtet sich gegen den Erwerbenden, nicht gegen den Besitzenden. Eine typische Unterscheidung in der gesamten antiken Philosophie. Dazu passt, dass es bei den alten Griechen faktisch nur zwei Vermögensarten gab: Grundbesitz, den man erbte und der meist mit einer herausgehobenen gesellschaftlichen Rolle als Aristokrat einherging. Oder Wohlstand, erlangt durch Handel, der vielen Menschen offenstand und in dem schon damals so etwas wie Leistungsgerechtigkeit herrschte: Die schlauesten und fleißigsten Händler waren besonders erfolgreich, konnten materiell mit den Grundbesitzern gleichziehen – und bedrohten so den angestammten Herrschaftsanspruch der Aristokratie.

Was soll man also davon halten, wenn Platons Lehrer So-

krates über Menschen urteilt, die durch Arbeit zu Geld gekommen sind: »Nehmen sich diese nun, deiner Meinung nach, viel anders aus als ein zu Geld gekommener Schmiedegesell, ein unansehnlicher Kahlkopf, der eben erst aus dem Gefängnis entlassen, aber in einem Bade gesäubert und neu gekleidet, wie ein Bräutigam herausgeputzt, die verarmte und von ihren Verwandten verlassene Tochter seines Herrn heiraten will?«<sup>11</sup>

In diesen Sätzen steckt etwas, das unseren Diskurs über Reichtum bis heute prägt: die Verachtung des Intellektuellen gegenüber dem Neureichen, der seinen frisch erworbenen Wohlstand durch allzu viele Trophäen unter Beweis stellen muss – etwa durch geckenhafte Kleidung (»wie ein Bräutigam herausgeputzt«) oder mithilfe einer Trophäenfrau aus den besseren Kreisen (»von ihren Verwandten verlassene Tochter seines Herrn«). Hunkes Gehrock und Maschmeyers Veronica lassen grüßen.

Lediglich aus einem Grund wurde Reichtum von den meisten Philosophen der Antike für gesellschaftlich akzeptabel erachtet: Um nämlich eine kleine Schicht aus Aristokraten (und Philosophen) mit derart hohen Kapitaleinkünften zu versorgen, dass diese sich ohne materielle Sorgen dem Regieren (beziehungsweise Nachdenken) widmen konnten. Wenn also Platon und Sokrates über die neureichen Händler lästerten, stabilisierten sie damit indirekt die Herrschaft der Aristokratie, die wiederum den Philosophen ihre komfortable Stellung ermöglichte. Der Satz »Wes Brot ich ess, des Lied ich sing« stammt übrigens weder von Platon noch von Sokrates.

Antike Philosophen, die über den Reichtum nachdachten, lieferten also in erster Linie den geistigen Überbau zu den bestehenden Machtverhältnissen – und dieser affirmativen Tradition sind die meisten bekannten Denker treu geblieben.

Dass neu erworbener Reichtum jahrhundertlang dis-

kreditiert wurde, liegt auch an einer ökonomischen Fehleinschätzung, die vom Altertum bis zur Renaissance das Abendland prägte und unbewusst noch heute in vielen Köpfen steckt: Die Menge der Güter und des Geldes auf dieser Welt galt als fix. Wenn irgendjemand Reichtum anhäufte, musste er diesen Wohlstand also jemand anderem abgenommen haben. Entweder einer großen Menge armer Menschen, die hinterher noch ärmer waren, oder (shocking!) den Aristokraten.

Völlig unbekannt hingegen die Idee, dass Wirtschaft kein Nullsummenspiel sein könnte, dass der gesamtgesellschaftliche Wohlstand durch unternehmerische Tätigkeit, durch Sparen und Investieren auch absolut wachsen kann. Kein Wunder also, dass große Denker über nahezu zwei Jahrtausende hinweg alles taten, um den Reichtum aus Handel oder unternehmerischer Tätigkeit schlechtzureden.

Aristoteles ersann sogar einen eigenen Begriff für jenes Wirtschaften, das nur aufs Anhäufen von Geld durch Kaufen und Verkaufen abzielt: die Chrematistik, von der sich bis heute der deutsche »Krämer« ableitet. Der schnöden chrematistischen Schacherei stellte Aristoteles als positives Gegenstück die Produktion von Gütern in Landwirtschaft und Handwerk entgegen. Nicht nur das Motiv des Neureichen findet sich also bereits in der Antike, sondern auch die Kritik an der Spekulation, an der Vermehrung von Geld um seiner selbst willen, die uns heute zum Beispiel bei der Aufarbeitung der jüngsten Finanzkrise wiederbegegnet.

Erst im Hochmittelalter und dann massiv mit dem Beginn von Renaissance und Reformation begann der philosophische Mainstream seine Richtung zu ändern. Und wieder war die gesellschaftliche Realität den Denkern einen Schritt voraus: Im Spätmittelalter entstanden zunächst in Italien, dann auch in Deutschland die ersten Banken, die am Verleih von Geld verdienten und so stillschweigend das Zinsverbot der

katholischen Kirche untergruben. Nach der Vertreibung der Muslime aus Europa ließ sich das Mittelmeer wieder ungehindert befahren, der Fernhandel in Europa erlebte einen beispiellosen Aufschwung. Freie Städte wie Venedig, Genua oder auch Nürnberg und Augsburg gewannen an Macht, und in diesen Städten regierten zumeist reiche Händler, nicht reiche Adelige.

Kaum begannen die Händler mächtig zu werden, zeichnete sich auch in der Philosophie eine neue Bewertung des Handels ab. Johannes Duns Scotus erkannte im späten 13. Jahrhundert: Handel sei gesellschaftlich notwendig, weil er die Bevölkerung mit Waren versorge, die sonst nicht zugänglich seien. Etwa zur gleichen Zeit brachte Thomas von Aquin den Gedanken auf, dass Wohlstand durch Handel durchaus okay sein könne, solange man nur den Gewinn daraus für den richtigen, tugendhaften Zweck verwende.

Eine Meinung, die sich auch Reformator Johannes Calvin zu eigen machte, der nun offiziell mit dem in der Praxis längst aufgeweichten Zinsverbot der Kirche brach. Einen moderaten Zinssatz von fünf Prozent hielt Calvin für angemessen. Die Reformationsbewegung der Calvinisten prägte die Vorstellung, dass materieller Wohlstand, erlangt durch eigenen Fleiß und Geschick, ein Zeichen für die Gunst Gottes sei. Diese religiöse Überzeugung wurde rasch zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Calvinisten waren in vielen Gesellschaften tatsächlich wirtschaftlich erfolgreicher als Katholiken.

Die philosophische Schule von Salamanca brachte schließlich Anfang des 16. Jahrhunderts den Gedanken auf, dass der Preis eines Gutes sich vor allem nach seiner Knappheit richten sollte, also nach Angebot und Nachfrage. Wenn ein Händler für ein begehrtes Gut einen hohen Preis festsetzt und dadurch ordentlich Gewinn macht, handelt er demnach nicht unmoralisch. Bis dato hatte man ausschließlich den



Aufwand zur Herstellung eines Gutes als Maßstab für den Preis gelten lassen, alles andere galt als unlautere Geldschneiderei.

Im 17. Jahrhundert folgte mit John Locke der erste liberale Staatstheoretiker, der dem einzelnen Bürger bestimmte unveräußerliche Rechte gegenüber dem Staat einräumte – unter anderem das Recht auf Privateigentum, über das sich nach Lockes Auffassung selbst ein König nicht willkürlich hinwegsetzen darf. Rund 100 Jahre später stellte dann Adam Smith den endgültigen Freibrief fürs Reichwerden aus. Die wohl berühmteste These aus seinem Hauptwerk *Der Wohlstand der Nationen*: Wer im Wirtschaftsleben eigennützige materielle Ziele verfolgt, der diene zugleich dem Gemeinwohl, weil er den Wirtschaftskreislauf am Leben halte, für Wachstum, Beschäftigung und damit gesamtgesellschaftliche Wohlstandsmehrung Sorge.

Wiederum 200 Jahre später formulierte es Gordon Gekko alias Michael Douglas im Film *Wall Street* etwas salopper: »Greed is good«, Gier ist gut.

So wie die antiken Philosophen die Adelherrschaft gerechtfertigt hatten und die Denker aus Spätmittelalter und Renaissance die wachsende Macht der Fernhändler und Bankiers, der Medici und Fugger, so lieferte auch Smith den ideologischen Überbau für eine neue Phase der wirtschaftlichen Entwicklung: Um 1700 begann sich das Manufakturwesen in Europa zu verbreiten, der Vorläufer der industriellen Fabrikation. Smith selbst erwähnt das Beispiel einer Stecknadelmanufaktur, in der die Arbeit in kleinste Schritte zerlegt sei. Nur so werde der gewaltige Ausstoß von 48 000 Stecknadeln pro Tag möglich. Die bessere Versorgung des Landes mit Stecknadeln rechtfertigte es in den Augen von Smith, die Arbeiter die immer gleichen monotonen Handgriffe ausführen zu lassen.

Sollte der englische Stecknadelfabrikant je nach einer ethi-

schen Rechtfertigung seines Tuns gesucht haben, um seinen Reichtum unbeschwert zu genießen: Smith lieferte sie ihm.

Doch Smith' Thesen wurden schon bald auf eine harte Probe gestellt. Sicher, die rasante Industrialisierung förderte den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand, nie gesehene Massen von Gütern verließen die Fabrikhallen. Dank der Eisenbahn dauerte eine Reise quer durch Europa nun wenige Tage statt vieler Wochen mit der Postkutsche. Aber kam dieser neue Wohlstand wirklich allen zugute, wie Smith behauptete?

Friedrich Engels schilderte als einer der Ersten das Elend in den neu entstandenen Arbeitervorstädten. Zugleich gehörte er zu den wenigen Wirtschaftsphilosophen, die gegen ihre eigenen Interessen argumentierten: Als Sohn eines Elberfelder Tuchfabrikanten hätte Engels ein kommoderes Leben genießen können. Aber er musste sich ja partout mit einem liederlichen Kölner Zeitungsschreiber namens Karl Marx herumtreiben, der seinen Kumpel Engels zu allem Überfluss auch noch permanent anschnorrte.

Seit dem Hochmittelalter hatte individuell erworbener Reichtum eine Wendung ins Positive erhalten. Mitte des 19. Jahrhunderts nun, als die neu entstandene Schicht der Industriearbeiter Teilhabe an Macht und Wohlstand einforderte, begann dieses Bild dank Denkern wie Marx und Engels wieder ins Negative zu kippen. Gehörte die Villa des Stecknadelfabrikanten nicht eigentlich den Arbeitern, die all die vielen Stecknadeln hergestellt und mithin den »Mehrwert« erwirtschaftet hatten? Mit dem Marxismus entstand eine ganze Weltanschauung, die alle materiellen Unterschiede zwischen den Menschen für eine vorübergehende Erscheinung hielt: Irgendwann, nach proletarischer Revolution und einer sozialistischen Übergangsphase, würden sich alle Unterschiede zwischen Arm und Reich auflösen in einer klas- senlosen kommunistischen Gesellschaft.

Als mildere Variante dieses revolutionären Sozialismus entstand das, was echte Marxisten abfällig als »Trade-Unio-nismus« belächelten: der Versuch der Arbeiterschicht, sich bessere Lebensbedingungen nicht durch eine blutige Revo-lution zu erkämpfen, sondern durch Gewerkschaften (eng-lisch: trade unions), durch Streik und friedlichen Kampf um demokratische Teilhabe. Vielleicht musste man den Steckna-delfabrikanten ja gar nicht an der Laterne aufknüpfen, viel-leicht könnte man ihn ja auf gewaltfreiem Wege dazu brin-gen, von seinem Wohlstand und seiner Macht ein bisschen mehr abzugeben? Aus dieser menschenfreundlichen Idee entstand Ende des 19. Jahrhunderts die Sozialdemokratie.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums kam die katholische Soziallehre zu ganz ähnlichen Schlüssen: Ihr Be-gründer Adolf Kolping hielt Reichtum per se weder für eine Sünde noch für eine Auszeichnung Gottes, sondern vor al-lem für eine Verpflichtung, damit zum Gemeinwohl beizutragen – ganz ähnlich wie viele Jahrhunderte vor ihm Tho-mas von Aquin.

Sozialdemokratie und katholische Soziallehre, abge-schmeckt mit ein paar Spritzern Locke'schem Liberalismus: Aus diesen drei Zutaten speist sich bis heute jene Einstellung gegenüber individuellem Reichtum, die hinter dem Gesell-schaftsvertrag der Bundesrepublik Deutschland steht und die man umschreiben könnte mit: »Reichtum – es kommt drauf an, was man daraus macht«. Etwas gewählter ausge-drückt findet diese Geisteshaltung ihren Niederschlag in Artikel 14 des Grundgesetzes, der festschreibt: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.«

Von der FDP bis zur Linkspartei stellt heute niemand mehr diesen Konsens infrage: Individueller Reichtum ist okay, doch wer mehr hat, muss auch mehr zur Gemeinschaft beitragen. Aber wie viel ist mehr?

Die liberale FDP will den Spitzensteuersatz bei 47 Prozent inklusive Solidaritätszuschlag<sup>12</sup> belassen, die Linkspartei will ihn auf 53 Prozent anheben (wo er zu Zeiten Helmut Kohls schon einmal lag). Union und Liberale wollen bestehende Vermögen gar nicht besteuern, Linkspartei, Grüne und SPD wollen jene Vermögensteuer wieder einführen, die es ebenfalls schon zu Zeiten Kohls gab.

Sollen die Reichen also von ihrem Einkommen gut die Hälfte an den Staat abgeben oder nur knapp die Hälfte? Soll die Substanz ihres Vermögens gänzlich unangetastet bleiben, oder sollen sie einen kleinen Teil davon ebenfalls abgeben? Das sind in unserem derzeitigen politischen Diskurs bereits die beiden Extrempositionen. Eine ziemlich schmale Bandbreite, wenn man mal bedenkt, dass für Reiche noch vor 500 Jahren die Hölle vorgesehen war (zum Drinschmoren) und vor 100 Jahre die Laterne (zum Dranaufhängen).

Seit der Gründung der Bundesrepublik muss man wesentlich genauer hinschauen als noch vor 100 Jahren, um die feinen Schwankungen zu erkennen, denen die Einstellung der Deutschen zu ihrer eigenen Oberschicht bis heute unterliegt. Diese Schwankungen lassen sich zum Beispiel am Imagewandel jenes Adelsgeschlechts ablesen, das seit vielen Jahrzehnten zur Einkommens- und Machtelite der Bundesrepublik zählt.

### »Ihr da oben« revisited

Am 22. April 2010 um kurz nach zwei ist Karl-Theodor zu Guttenberg mal wieder ganz bei sich. Der Bundesminister der Verteidigung hat an diesem Tag eine mittelblaue Krautwatte mit einem hellblauen Hemd kombiniert. Der figurbetonte hellgraue Anzug, für Guttenberg inzwischen fast so etwas wie ein Markenzeichen, lässt ihn in Kombination mit den braunen Schuhen und den dunklen, mit Gel zurückge-

kämmten Haaren fast südländisch erscheinen: ein Geschäftsmann, der sich vom Mailänder Corso ins politische Berlin verirrt hat. Dorthin, wo man seine Seriosität üblicherweise mit einem möglichst unförmigen anthrazitfarbenen Anzug demonstriert und seine Entschlossenheit mit einem leuchtend roten Schlips. Was sich auch an der Kleidung des runden Dutzends Abgeordneter ablesen lässt, die Guttenberg im kreisförmigen Anhörungssaal 3101 des Deutschen Bundestags gegenüber sitzen.

Der Minister ist offiziell als Zeuge geladen, um vor dem Kundus-Untersuchungsausschuss des Parlaments auszusagen. Eine ernste Sache, schließlich starben bei dem Bombenangriff auf zwei Tanklaster zahlreiche afghanische Zivilisten. Doch inoffiziell geht es heute um etwas ganz anderes: Die Opposition will den Ausschuss nutzen, um am makellosen Image des Ministers zu kratzen. Kurz nachdem er den Job als Verteidigungsminister übernommen hatte, hat Guttenberg den Angriff in Kundus für gerechtfertigt erklärt. Einige Tage später revidierte er seine Meinung, entließ Knall auf Fall seinen Staatssekretär und den Bundeswehr-Generalinspekteur, weil die ihm angeblich wichtige Informationen vorenthalten hatten.

SPD, Grüne und Linkspartei wollen die Gelegenheit nutzen, um Guttenberg als Opportunisten zu entlarven. Als jemanden, der schnell mit einer populären Meinung bei der Hand ist, sie bei Bedarf ebenso schnell ändert und dann enge Mitarbeiter opfert, um seine eigene Voreiligkeit zu vertuschen.

Doch Guttenberg hat die Sache im Griff. Bereits bei der Vorstellung zieht er die Lacher auf seine Seite, als die Ausschussvorsitzende ihn bittet, seinen vollständigen Namen zu nennen. »Wirklich den vollständigen?«, fragt der Minister kokett und setzt sich dann nonchalant über die Aufforderung hinweg: Er heiße Karl-Theodor zu Guttenberg, sagt Gutten-

berg und unterschlägt seine übrigen Vornamen: Maria Nikolaus Johann Jacob Philipp Franz Joseph Sylvester.

Anschließend, als wolle er Abgeordnete und Zuschauer für ihre soeben gezeigte Heiterkeit strafen, erinnert er gleich zu Beginn seines Eingangsstatements an die 43 deutschen Opfer, die der Afghanistankrieg bis dato gefordert hatte: »Wir müssen unsere Soldaten optimal ausrüsten, sie müssen sich auf unseren Rückhalt verlassen können.« Nur so lasse sich »dem geschundenen Volk der Afghanen« helfen.

Mit unerschütterlicher Gelassenheit begegnet Guttenberg in den folgenden Stunden dem immer gleichen Vorwurf, den die Abgeordneten der Opposition an ihn herantragen, verkleidet in geringfügig variierte Fragen: Warum hat er seine Meinung zum Kundus-Bombardement so rasch geändert? Warum hat er zwei verdiente Spitzenbeamte entlassen?

Doch Guttenberg lässt sich nicht in Widersprüche verstricken, immer wieder zitiert er Aussagen aus seinem Eröffnungsstatement. Ein Ausschussmitglied weiß sich schließlich nicht mehr anders zu helfen, als Guttenberg zu rüffeln: Es sei doch ziemlich unhöflich, auf wechselnde Fragen die immer gleichen Antworten vom Blatt abzulesen. Statt einer Antwort lächelt Guttenberg nur freundlich. Er unhöflich? Absurder Gedanke!

Sie fanden an diesem Tag einfach kein Rezept gegen den »Baron aus Bayern«, wie man ihn in der linken Hälfte des Bundestags abfällig nannte. Innerhalb von nur einem Jahr war Guttenberg vom weithin unbekanntem Parlaments-Hinterbänkler erst zum CSU-Generalsekretär aufgestiegen, dann zum Wirtschafts- und schließlich zum Verteidigungsminister. Seit dem Rücktritt von Horst Köhler war er der beliebteste Politiker des Landes. Über zwei Drittel aller Deutschen wünschten sich, dass er künftig eine wichtigere Rolle spielt<sup>13</sup>, und CSU-Chef Horst Seehofer sinnierte bei ausgeschaltetem Mikrofon: Guttenberg könnte der Erste aus seiner

Partei sein, der es zum Bundeskanzler bringt. Wobei er selbst nicht genau zu wissen schien, ob er sich das wünschen sollte.

»Es ist, als ob das frische Gesicht mit dem markanten Kinn beim Wahlvolk in eine Marktlücke gestoßen wäre«, urteilte das Magazin *stern*, normalerweise alles andere als CSU-freundlich, bereits 2009 über Guttenberg. »Nach Monaten der Krise, nach den ewig nörgelnden Westerwelles und den notorischen Lafontaines ist da plötzlich jemand auf die Überholspur gezogen, der anders ist als die anderen: jung, korrekt gekleidet und mit blumiger Sprache. Ein Adeliger ohne Allüren. Millionenschwer, mit einer Familientradition, die bis ins 14. Jahrhundert zurückreicht. Ein Aufsteiger, der von oben kommt. Das gab es noch nie.«<sup>14</sup>

In der Tat: Guttenbergs Aufstieg lässt sich ohne seine Herkunft nicht denken. Der Vater: Enoch zu Guttenberg, Dirigent. Die Mutter: Christiane Henkell-von Ribbentrop (ja, die Henkells mit Henkell Trocken und ja, die Ribbentrops mit Hitlers Außenminister). Seine Frau: Stephanie, geborene Gräfin von Bismarck-Schönhausen.

Eine Jugend auf dem Schloss in Franken, sonntäglicher Kirchgang in der eigenen Schlosskirche, mit elf die erste öffentliche Rede, als Karl-Theodor seinen Vater bei einem Begräbnis vertreten muss. Humanistisches Gymnasium, Leistungskurse Latein und Griechisch, Hobbys: Reiten, Bogenschießen, Klavier. Keine Turnschuhe bei Tisch, Wehrdienst bei den Gebirgsjägern, dem heimlichen Adelligen-Treffpunkt der Bundeswehr.

Das Familienvermögen: Tausende Hektar Wald, Schlösser, Weinberge, Unternehmensbeteiligungen. Geschätzter Gesamtwert: 400 Millionen Euro.<sup>15</sup> Ein Guttenberg müsste niemals arbeiten. Und womöglich machte genau das seinen Erfolg aus: Da muss sich einer nicht verbiegen, hieß es, wenn Wirtschaftsminister Guttenberg nach einer politischen Niederlage in Sachen Opel mal eben seinen Rücktritt anbietet,

da ist jemand finanziell nicht auf Abgeordnetendiät und Ministergehalt angewiesen und für sein Ego nicht auf Chauffeur und Leibwächter. Der Adelstitel und das Familienvermögen galten als Ursachen für jene innere Stärke, die es Guttenberg erlaubte, nach außen auch mal Schwäche zu zeigen – und so die Regeln des Berliner Politikbetriebs zu durchbrechen.

2011, auf dem Höhepunkt seiner Macht und Beliebtheit, musste Guttenberg zurücktreten. Ein Bremer Juraprofessor hatte Guttenbergs Doktorarbeit mithilfe einer einfachen Google-Überprüfung als Plagiat enttarnt. So richtig zum Verhängnis wurde Guttenberg aber erst, dass er allzu lange versuchte, sein Vergehen als kleine Nachlässigkeit herunterzuspielen, die von Neidern aufgebauscht werde.

Zusammen mit seiner Familie verabschiedete sich Guttenberg zu einer politischen Auszeit in die USA, nur um sich wenige Monate später mit einem vor Selbstgerechtigkeit triefenden Interview wieder zurückzumelden. Guttenbergs erster politischer Comebackversuch muss als vorerst gescheitert gelten.

Mit dem Wissen von heute erscheint es kaum vorstellbar, dass der deutschen Öffentlichkeit nicht schon viel früher das unseriöse, Krulleske an Guttenbergs Gebaren aufgefallen war. Ein Versäumnis, das exemplarisch zeigt, wie sich der deutsche Zeitgeist in den letzten Jahrzehnten gewandelt hat.

Noch vor knapp 40 Jahren nämlich fiel der öffentliche Blick auf die Familie Guttenberg wesentlich kritischer aus.

»Es fällt schwer, bei der Polemik des Herrn Baron von Guttenberg nicht zu beklagen, dass die Deutschen niemals eine Revolution zustande gebracht haben, die dieser Art von Großgrundbesitzern die materielle Grundlage entzogen hätte.«<sup>16</sup> Das Zitat stammt von Altbundeskanzler Helmut Schmidt und bezieht sich auf den Großvater des ehemaligen Verteidigungsminister, der ebenfalls Karl-Theodor hieß, ebenfalls für die CSU im Bundestag saß und unter



Kiesinger als parlamentarischer Staatssekretär im Kanzleramt diente.

Vor allem um diesen Karl-Theodor den Älteren geht es in einem Kapitel jenes 1973 erschienenen Buchs, dessen Titel längst zum geflügelten Wort wurde: *Ihr da oben – wir da unten*. Der mittlerweile verstorbene *Spiegel*-Redakteur Bernt Engelmann sieht sich in diesem Reportagenband bei den Reichen der alten Bundesrepublik um, bei den Gerlings und Hortens, den Flicks und Oetkers – und eben bei der Familie Guttenberg. Der junge Undercover-Reporter Günter Wallraff liefert den Gegenschnitt: Er spricht mit denen da unten, mit den einfachen Arbeitern und Angestellten im Dienste der großen Dynastien. Im Falle der Guttenbergs geht es vor allem um die Mitarbeiter in den Kurbetrieben von Bad Neustadt an der Saale, die damals der Familie Guttenberg gehörten.

Eigentlich seltsam, dass keiner der vielen Journalisten, die über Verteidigungsminister zu Guttenberg Porträts verfassten und über die Gründe seines Aufstiegs sinnierten, jemals auf Engelmanns und Wallraffs damaligen Bestseller gestoßen zu sein schien.

Die beiden Autoren zeichnen darin das Bild eines Karl-Theodor zu Guttenberg senior, der seine Mitarbeiter wie Leibeigene behandelt, Überstunden nicht bezahlt, Betriebsräte zu verhindern sucht, Lehrlinge als billige Hilfsarbeiter missbraucht und selbst langjährige Beschäftigte wegen kleinster Vergehen feuert. Das adelige Standesbewusstsein zeigt sich vor allem darin, dass sich der Herr Baron bei einer Betriebsfeier vor den Augen der Belegschaft Rehbraten servieren lässt – für alle anderen gibt's Würstchen.

Ums Florieren seines Kurbetriebs muss sich dieser Guttenberg keine großen Gedanken machen. Die Betten werden ihm quasi automatisch mit Kassenpatienten gefüllt. Also hat er viel Zeit, im Bundestag zu sitzen und gegen Willy Brandts

Ostpolitik und die neuen Mitbestimmungsgesetze zu polemisieren.

Die Kurbetriebe haben die Guttenbergs längst verkauft, geliebt sind ihnen die Wälder. Von Ausbeutung in den Guttenberg'schen Forsten weiß die zuständige Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt nichts zu berichten. Was daran liegen könnte, dass die Familie nach Auskunft des zuständigen Gewerkschaftssekretärs gar keine eigenen Waldarbeiter beschäftigt, sondern bei Bedarf externe Dienstleister anheuert. Um die Verwaltung des Familienvermögens kümmert sich ohnehin vor allem der Bruder des Exverteidigungsministers.

Dennoch bleibt es verblüffend, dass heute niemand mehr den Weg von Engelmann und Wallraff geht und adelige Abstammung und ererbtes Vermögen zunächst einmal als etwas Verdächtiges ansieht. Wer mit solchem Background in die Politik ging, und das auch noch für die Union, dem wurde in den 70er-Jahren von linken Publizisten unterstellt, dass es ihm vor allem um die Verteidigung seiner spezifischen Oberschichtsinteressen gehe, um die Wahrung von Macht und Mehrung von Vermögen. Heute dagegen gelten Stammbaum und Vermögen der Guttenbergs selbst in einst linken Magazinen wie dem *stern* als Indiz für materielle und geistige Unabhängigkeit.

Schade nur, dass zu Guttenberg jr. diesem positiven Klischeebild dann doch nicht gerecht zu werden vermochte.

Dass sich da in der gesellschaftlichen Einstellung zu Reichtum und Adel etwas verschoben hat, zeigt sich übrigens auch an einem anderen wohlhabenden Adligen im Deutschen Bundestag: Hermann Otto Solms. Der einflussreiche FDP-Abgeordnete und zeitweilige Fraktionsvorsitzende heißt eigentlich Hermann Otto Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich. Er entstammt einem derart ranghohen Adelsgeschlecht, dass sich dagegen die Guttenbergs wie Tagelöhner ausnehmen. Doch als der junge Prinz 1971 seine politische Karriere begann, erschien es ihm opportun, auf den Titel zu verzichten.